

Festrede von Bärbel Bas, MdB auf der Veranstaltung anl. des 150-jährigen Jubiläums der SPD Pfalz in Mutterstadt am 24.07.2022

+++Es gilt das gesprochene Wort+++

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrter Herr Minister und Vorsitzender der SPD Pfalz, lieber Alexander Schweitzer,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
lieber Hans- Dieter Schneider,
sehr geehrter Ortsvereinsvorsitzender,
lieber Thorsten Leva,
sehr geehrte Abgeordnete,
liebe Isabel Mackensen,
lieber Christian Schreider,
sehr geehrte Oberbürgermeisterinnen,
liebe Jutta Steinbruck, liebe Steffi Seiler,
lieber Kurt Beck, lieber Marc Ruland,
sehr geehrte andere anwesende aktive und ehemalige Abgeordnete der SPD,
sehr geehrte Gäste der SPD Pfalz,
vielen Dank für die Einladung und dafür, dass ich heute hier bei Ihnen und Euch in Mutterstadt sein darf.**

Es freut uns sicher alle, dass Veranstaltungen wie diese endlich wieder möglich sind und wir die Gelegenheit haben, uns auch persönlich wieder auszutauschen.

Besonders freut es mich, dass wir heute aus einem so freudigen Anlass zusammenkommen und ein großartiges Jubiläum feiern dürfen:

150 Jahre SPD Pfalz!

Das sind 150 Jahre deutsche Geschichte,

150 Jahre Einsatz für die Menschen hier in der Pfalz,

150 Jahre Einsatz für einen Sozialstaat, der die Menschen unterstützt, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind,

und 150 Jahre Einsatz für unsere Demokratie.

Das sind 150 Jahre oftmals unbedeutend wirkende Entscheidungen, mit aber oftmals großen Auswirkungen und Verbesserungen für den Alltag der Menschen hier vor Ort in der Pfalz haben.

Und es sind 150 Jahre voller weitreichender Entscheidungen für unser Land. Bis hin zu Entscheidungen über Krieg und Frieden.

Was dies bedeutet und welche Verantwortung damit für alle Mandatsträgerinnen und -träger verbunden ist, zeigt der Blick auf die letzten Monate sehr deutlich. Denn der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und alle damit einhergehende Folgen bestimmen die letzten Monate.

Ich selbst habe die Ukraine am 8. Mai auf Einladung meines ukrainischen Amtskollegen und Parlamentspräsidenten Ruslan Stefantschuk besucht. Es war mir wichtig, die Solidarität mit den Ukrainerinnen und Ukrainern vor Ort deutlich zu machen. Ihr ungebrochener Wille für Freiheit und Frieden zu kämpfen hat mich sehr bewegt. Mein Besuch in Butscha und Irpin hat mir nochmals sehr schmerzhaft vor Augen geführt, warum wir im Kampf gegen die russische Aggression an der Seite der Menschen in der Ukraine stehen müssen.

Für mich steht fest: Wir müssen alles Verantwortbare tun, um die Ukraine in ihrem Kampf um ihre Freiheit und ihre Existenz zu unterstützen, denn in der Ukraine kämpft aktuell ein Land ums Überleben, das sich für Freiheit und Demokratie in Europa entschieden hat.

Der Kampf um die Zukunft der Ukraine ist auch ein Kampf um unsere Werte. Um unsere freiheitliche Art zu leben. Beide sind akut bedroht. Davor dürfen wir nicht die Augen verschließen – gerade auch mit Blick auf die zurückliegenden 150 Jahre in unserem Land, auf die wir hier und heute zurückblicken.

Die große Unterstützung Deutschlands für die Ukraine ist richtig – unser Land unterstützt die Ukrainerinnen und Ukrainer sowohl finanziell und humanitär als auch durch Waffenlieferungen. Dabei stimmt sich Deutschland eng mit seinen Bündnispartnern ab.

Zugleich versucht Deutschland, Russland die Führung dieses Angriffskrieges zu erschweren. Die Bundesregierung hat dazu in enger Abstimmung mit unseren westlichen Partnern weitreichende Sanktionen gegen Russland ergriffen.

Trotzdem bleibt es wichtig, dass Bundeskanzler Olaf Scholz weiterhin versucht, über Gespräche zu einer Beendigung des Krieges beizutragen.

Und auch hier bei uns vor Ort, in den Städten und Kommunen leisten die Bürgerinnen und Bürger einen wichtigen Beitrag, um den geflüchteten Menschen

ein Leben in Sicherheit, frei von Angst und Krieg zu bieten. Dazu tragen neben vielen Hauptamtlichen auch viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer bei. Dafür sage ich herzlichen Dank.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

Wir stehen an der Seite der Ukraine, wir müssen aber auch die massiven Auswirkungen für die Menschen in unserem Land im Blick haben: Viele der Entlastungsmaßnahmen, die Bundesregierung und Bundestag auf den Weg gebracht haben, um die Menschen unbürokratisch und gezielt zu entlasten, treten spätestens in diesem Monat in Kraft.

Der hohen Inflation setzt die Bundesregierung eine gemeinsame Kraftanstrengung aus Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden entgegen. Sie hat Bundeskanzler Olaf Scholz ins Boot geholt und eine Konzertierte Aktion ins Leben gerufen. Diese soll in den kommenden Wochen gemeinsam Instrumente entwickeln, um reale Einkommensverluste in Folge der hohen Inflation abzumildern.

Klar ist aber auch: Niemand kann mit Sicherheit sagen, wie sich die Situation in den kommenden Monaten entwickeln wird. Wir müssen daher, wenn nötig weitere Schritte gehen, um diejenigen zu entlasten, die schon jetzt vor der Frage stehen, wie sie die steigenden Belastungen schultern können.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

genau wie in den vergangenen 150 Jahren übernimmt die SPD auch jetzt an vorderster Stelle Verantwortung für unser Land. Mit Olaf Scholz als Bundeskanzler, Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsidenten und mir als Präsidentin des Bundestages.

Daher steht für mich trotz aller gebotener Neutralität in meinem Amt als Bundestagspräsidentin fest: Die SPD war und ist seit über eineinhalb Jahrhunderten ein Anker unserer Demokratie, hier in der Pfalz und bundesweit.

Gerade hier in der Pfalz ist die SPD tief verankert. Und um es noch einmal deutlich zu sagen: Verankert seit der Gründung der ersten Ortsgruppen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Oggersheim, Ludwigshafen und hier in Mutterstadt im November und Dezember im Jahr 1871 – ein unvorstellbar langer Zeitraum.

Das Jahr 1871 markiert den Beginn von 150 Jahren Pfälzer Sozialdemokratie. Nicht zuletzt der Blick auf die zurückliegenden drei Jahrzehnte zeigt, die SPD Pfalz blickt zurück auf eine Erfolgsgeschichte. Ihre Mitglieder leisten auf allen politischen Ebenen – kommunal, im Land, oder auch auf Bundes- oder Europaebene – eine wichtige Arbeit für die Menschen.

Als Teil der SPD in Rheinland-Pfalz hat die SPD Pfalz einen großen Anteil daran, dass die SPD seit 1991 mit Rudolf Scharping, Kurt Beck und nun seit 2013 mit Malu Dreyer den Ministerpräsidenten bzw. die Ministerpräsidentin stellt. Sieben gewonnene Landtagswahlen in Folge sind gewiss kein Zufall. Sie sind das Ergebnis einer glaubwürdigen und ehrlichen Arbeit zum Wohle der Menschen in der Pfalz und in ganz Rheinland-Pfalz.

Dafür entscheidend ist neben der Arbeit der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Berlin und Mainz besonders die Arbeit der vielen ehrenamtlich politisch Engagierten vor Ort – im Ortsverein, im Gemeinderat, im Stadtrat oder Kreistag. Denn genau wie die anderen demokratischen Parteien ist die SPD getragen von den Menschen, die sich in ihr engagieren.

Für diesen Einsatz für unsere Demokratie sage ich herzlichen Dank!

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Demokratie und mit ihr den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken und unsere Demokratie sattelfest für die Zukunft zu machen, ist auch für mich ein wichtiges Ziel als Bundestagspräsidentin.

Wir müssen auf Veränderungen reagieren. Die Beobachtung einer immer diverser werdenden Gesellschaft ist nicht neu, aber gerade die Pandemie hat zu einem tieferen Riss in unserer Gesellschaft geführt.

Zu einem Riss durch Familien und Freundeskreise, aber auch zu einer Entfremdung vieler Bürgerinnen und Bürger von der Politik.

Ich möchte den Menschen in unserem Land die Politik und die Arbeit des Parlaments wieder näherbringen.

Ich will mehr politische Teilhabe möglich machen und auch jene wieder erreichen, die sich von der Politik bisher kaum angesprochen fühlen. Dies war in den vergangenen Jahrzehnten nie wichtiger als heute.

Viele bezweifeln, dass wir unsere Probleme in den Griff bekommen. Sie trauen der Politik und den staatlichen Institutionen wenig zu. Sie fühlen sich ohnmächtig.

Es gibt Gründe dafür: Im Kampf gegen das Coronavirus beispielsweise haben wir immer wieder Rückschläge erlebt. Wir tun uns schwer mit der Einsicht, dass auch Fachleute nicht das eine, garantiert wirksame, Rezept gegen diese Pandemie kennen. Wir tun uns schwer mit der Einsicht, dass die Politik Entscheidungen trifft und sie später korrigieren muss.

Der notwendige, sachliche Dialog über Lösungsansätze und politische Entscheidungen wird zudem durch Hass und Hetze erschwert. Oder noch schlimmer: Sogar durch Gewaltaufrufe oder Gewaltausbrüche. Und das leider gerade auch gegen diejenigen, die sich vor Ort in ihrer Freizeit für unsere Gesellschaft engagieren.

An diesem Punkt müssen wir daher sehr deutlich machen, wo die Grenzen der Toleranz und des Verständnisses liegen: Hass, Hetze und Gewalt sind nicht akzeptabel. Sie können und werden wir nicht tolerieren.

Generell gilt, es gibt nicht das eine Patentrezept, um die Risse in unserer Gesellschaft zu kitten. Aber wir müssen uns fragen, was können wir tun?

Ein Aspekt: Wir brauchen eine klare Kommunikation: Die Demokratie lebt vom Vertrauen der Menschen. Vertrauen kann aber nur wachsen, wenn die Menschen die Politik auch wirklich nachvollziehen können. Das beginnt damit, wie wir politische Fragen diskutieren und Entscheidungen begründen. Dabei müssen wir eine Sprache sprechen, die in der Bevölkerung verstanden wird. Nur so können diejenigen, die sich nicht jeden Tag mit Politik befassen verstehen, warum und wie politische Entscheidungen getroffen werden.

Verständliche Sprache ist aber nicht alles. Wir sind auch gefordert, die inhaltlichen Unterschiede besser deutlich zu machen und zu zeigen, dass im Deutschen Bundestag und anderen Parlamenten um Lösungen und Kompromisse für konkrete Probleme gerungen wird.

Das kann nur gelingen, wenn sich alle an die Spielregeln halten und bereit sind, die mit Mehrheit getroffenen Entscheidungen zu akzeptieren. Dazu braucht es eine zivilisierte Auseinandersetzung und einen respektvollen Umgang miteinander. Dieser darf nicht weiter verloren gehen.

Ein Baustein, um wieder mehr Menschen für demokratische Entscheidungsprozesse zu begeistern, liegt mir besonders am Herzen: Die stärkere Einbindung von Bürgerräten in den parlamentarischen Prozess. In Bürgerräten werden nach dem Zufallsprinzip Bürgerinnen und Bürger repräsentativ ausgewählt, die dann über bestimmte Themen debattieren. Damit hat schon mein Vorgänger Wolfgang Schäuble begonnen und einen Bürgerrat zum Thema „Deutschlands Rolle in der Welt“ ins Leben gerufen.

Ich würde gerne nach der Erfahrung damit weniger abstrakte, sondern konkretere Themen wählen.

Mein Ziel dabei: Die Bürgerräte sollen keine zufällige Bürgerbeteiligung sein, sie sollen in die Parlamentsarbeit institutionell eingebunden werden. Und alle Bevölkerungsschichten sollen daran teilnehmen.

Was in Bürgerräten diskutiert und erarbeitet wird, kann die etablierten Wege des Parlamentarismus ergänzen. Sogar ein Korrektiv zu Expertengremien und zur Anhörung von Sachverständigen werden.

Bürgerräte haben dieses Potential. Wenn wir die richtigen Fragen stellen. Diese Fragen sollten hinreichend konkret sein. Ein solches Thema könnte zum Beispiel eine „allgemeine Dienstpflicht“ sein. Damit meine ich ein Jahr, in dem Männer und Frauen einen gemeinnützigen Dienst leisten.

Beim ersten Bürgerrat haben sich insgesamt sechs Ausschüsse des Bundestages mit den Ergebnissen befasst. Das ist für das erste Experiment ein tolles Ergebnis. Darauf will ich aufbauen und arbeite daher gerade an der konkreten Umsetzung.

Die Bürgerräte sind nur ein Beispiel dafür, wie ein konstruktiver und lebendiger Austausch zwischen der Politik und der Bevölkerung funktionieren kann und so die gesellschaftliche Debatte an Breite gewinnt. Mir ist klar, sie sind nicht das Allheilmittel, aber Bürgerräte können helfen, den Austausch unterschiedlicher Meinungen auf einer fairen und respektvollen Gesprächsbasis zu fördern und sich gegenseitig zuzuhören. Das ist wichtig, um die Entfremdungen, die wir gerade erleben, zu überwinden.

Sicher, wir werden niemals die Wünsche aller erfüllen können. Aber wenn wir vorankommen wollen, müssen wir offen sein für neue Perspektiven – in den Kommunen genauso wie auf Landes- und Bundesebene. Auch Kritik ist notwendig und sinnvoll, wenn sie konstruktiv ist. Dazu können die Bürgerräte einen wichtigen Beitrag leisten, auf den wir nicht verzichten sollten.

Sie sind ein Angebot an die Menschen, sich aktiv zu beteiligen, wieder mit uns Politikerinnen und Politikern ins Gespräch zu kommen, sich einzubringen und neues Vertrauen aufzubauen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Genossinnen und Genossen,

das heutige Jubiläum und der damit unweigerlich verbundene Blick zurück auch auf die dunkelsten Stunden unserer Geschichte macht deutlich: Auch unsere

Demokratie trägt kein Ewigkeitssiegel. Sie ist angewiesen auf Bürgerinnen und Bürger, die sie schätzen und mit Leben erfüllen. Auf Menschen, die sich in Parteien für unsere Demokratie engagieren, so wie es unser Grundgesetz in Artikel 21 vorsieht. Parteien und ihre Mitglieder sind eine tragende Säule unserer Demokratie.

Daher sage ich: Herzlichen Dank an jede und jeden, die oder der sich parteipolitisch engagiert. Ein solches Engagement ist keine Selbstverständlichkeit. Viele von Ihnen und Euch engagieren sich seit vielen Jahrzehnten, die SPD Pfalz als Organisation seit nunmehr 150 Jahren.

Zu diesem Jubiläum herzlichen Glückwunsch!

Hier heute vor vielen engagierten Demokratinnen und Demokraten zu stehen, macht mir auch in diesen schwierigen Zeiten Mut für die Zukunft.

Denn die Geschichte zeigt: Gerade die Sozialdemokratie führt unser Land seit über eineinhalb Jahrhunderten durch viele Krisen. Wie auch die SPD Pfalz seit 150 Jahren. Ich bin deshalb überzeugt, wir werden auch die jetzigen Herausforderungen gemeinsam meistern.

Denn eines ist sicher: Wir leben in herausfordernden Zeiten – für unser Land und für den Frieden in Europa.

Trotzdem oder gerade deswegen wünsche uns allen einen schönen Abend.